

direkt 8

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

BILDUNG

Qualifizierung in der Krise

Seite 2

GUTES LEBEN

Befragung geht in den Endspurt

Seite 3

STICHWORT

Alles rund ums Urlaubsgeld

Seite 4

KRISE

Mehr Beratung für Betriebsräte

Seite 5

IM GESPRÄCH

Es ist eben nicht egal, wer registriert

Seite 5

ARBEITSPLÄTZE

Bei Kündigungen ist Papier nicht geduldig

Seite 6

GUT GEMACHT!

Zahl der JAVen bei MAN fast verdoppelt

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Abfindung oder nicht hängt vom Alter ab

Seite 7

ZU GUTER LETZT

Seminare für den EBR

Seite 8

Gutes Leben

Der Mensch kommt zu kurz

Mehr als 330 000 Menschen haben ihre Meinung bereits gesagt. Sie wissen, was für sie zu einem guten Leben gehört. Am 3. Juli wird die IG Metall die Ergebnisse der Befragung in Berlin vorstellen. Erste Tendenzen der Befragung zeigen: Die Menschen und ihre Interessen kommen in der Politik zu kurz. | **Mehr auf Seite 3 »**

Viele Stimmen für ein Gutes Leben

Mehr als 330 000 Menschen haben bereits den Fragebogen zur Kampagne »Gemeinsam für ein gutes Leben« ausgefüllt.



Quelle: IG Metall

© direkt 8 | 2009

E-Paper

Neu: direkt als elektronische Version

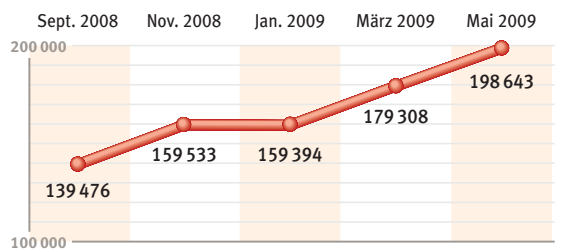
Die direkt gibt es seit der Ausgabe 6 auch als elektronische Zeitung. Abonnenten des E-Papers können sie zwei Tage früher lesen. Darüberhinaus bietet die elektronische Version viele Funktionen zum Anhören und Anklicken. | www.extranet.igmetall.de

Neue Handlungshilfe und neue Seminare zur Qualifizierung in der Krise

Qualifizierung als Instrument zur Beschäftigungssicherung in Kurzarbeit und Krise – und als Investition in die Zukunft: Die Rahmenbedingungen für Unternehmen wurden erheblich erleichtert, die Fördergelder sind so hoch wie nie zuvor. Dennoch lief die Qualifizierung in den Betrieben in den ersten Monaten 2009 nur schleppend an. Die IG Metall bietet Beratung, zahlreiche neue Seminare und eine Handlungshilfe an, um Qualifizierung in den Betrieben voranzubringen.

Mehr geförderte Qualifizierung in der Krise

Die Anzahl von Teilnehmern an geförderter beruflicher Weiterbildung (FbW) in der Gesamtwirtschaft nimmt zu:



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

© direkt 8 | 2009

Daniela Zier, Betriebsrätin, Wieland-Electric, Bamberg:

»Wir verhandeln gerade über Qualifizierung in der Kurzarbeit. WeGeBau machen wir seit Ende 2008. Im Seminar haben wir erfahren, welche Möglichkeiten es sonst gibt – Konjunkturpaket II, Europäischer Sozialfonds – und was die Voraussetzungen sind. Wir würden gerne alles nutzen, um Entlassungen zu verhindern.«



Foto: Privat

Volker Caspers, BR-Vorsitzender, SAF Holland, Bessenbach:

»Bei uns gibt es viel Kurzarbeit – und viel Qualifizierungsbedarf. Ich war auf dem Seminar, um die vielen neuen Möglichkeiten der Arbeitsagentur nutzen zu können. Das Prozedere ist vereinfacht. Das Unternehmen kann bis zu 100 Prozent der Kosten sparen – und ist daher sehr aufgeschlossen. Auch die Beschäftigten fragen uns.«



Foto: Privat

Jutta Kups, Betriebsratsvorsitzende, Radium, Wipperfurth:

»Seit letztem Jahr haben wir eine Standortsicherung über den Tarifvertrag Qualifizierung. Wir haben die Beschäftigten befragt und wollen besonders WeGeBau nutzen. Einen Träger haben wir. Allerdings will die Arbeitsagentur derzeit bei uns nur 60 Prozent zahlen. Im Seminar haben wir uns über weitere Möglichkeiten informiert.«



Foto: Privat

»Die Zeit wird knapp. Wir dürfen nicht auf die Arbeitgeber warten. Die Betriebsräte müssen selbst Qualifizierung anschieben«, sagt Klaus Heimann, Bereichsleiter Qualifizierung beim IG Metall-Vorstand und Mitautor der neuen Handlungshilfe. Mitautorin Caterina Messina, Juristin im Bereich Betriebspolitik betont: »So günstig wie jetzt wird Qualifizierung nie wieder. Da müssen die Beschäftigten zugreifen – um ihre eigenen Chancen zu verbessern.«

Ein Hebel für Betriebsräte: Der Tarifvertrag Qualifizierung. Dort ist vorgeschrieben, dass der Arbeitgeber gerade bei betrieblichen Veränderungen den Weiterbildungsbedarf ermitteln und Maßnahmen vorschlagen muss. »Da bietet die Krise eine Chance für die Zukunft: den Einstieg in eine systematische Personal- und Qualifizierungsplanung – für alle Beschäftigten«, erklärt Barbara Jentgens vom Bereich Tarifpolitik.

Neue Seminare. Die IG Metall hat ihr Seminarangebot zur Qualifizierung in der Krise noch einmal ausgeweitet. »Betriebsräte lernen im Seminar die rechtlichen Grundlagen kennen und entwickeln praxistaugliche Handlungsschritte«, erklärt Tom Kehrbaum vom Bereich gewerkschaftliche Bildung.

Bereits Ende Januar hatten die Bildungsstätten spontan zahlreiche neue Seminare konzipiert, die in den ersten Wochen allerdings mäßig besucht waren. Das hat sich nun schlagartig geändert. »Wir mussten sogar Teilnehmern absagen«, berichtet Thomas Habenicht von der Bildungsstätte Loehr.

Das erweiterte Bildungsprogramm »Mit Bildung aus der Krise« liegt der **direkt** bei. ■

Die neue Handlungshilfe

»Qualifizieren in der Krise« gibt es im Extranet:

► www.extranet.igmetall.de

→ Aktive

→ Betriebsrat

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall; **Herausgeber:** Berthold Huber, Detlef Wetzels, Bertin Eichler; IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Dirk Erb, Martina, Helmerich, Sylvia Koppelberg,

Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; **Bildredaktion:** Michael Schinck

Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24,

Fax: 069-66 93-25 38, vertrieb@igmetall.de

Druck: apm AG, Darmstadt; **Anzeigen:** Petra Wedel, Tel.: 06151-8127-0,

Fax: 06151-89 30 98, info@zweiplus.de

direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt

Telefon der Redaktion: 0800-446 38 25, Fax: 069-66 93-20 02

E-Mail: direkt@igmetall.de

Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Nur noch gut eine Woche – Jetzt noch befragen

Mit ihrer Beschäftigtenbefragung will die IG Metall der Politik Nachhilfe geben in Fragen wie: Was erwarten die Menschen von einem guten Leben und was muss sich ändern? Mehr als 330 000 Menschen haben schon ihre Meinung gesagt.

Von Bosch in Bamberg kamen 3500, die Beschäftigten von FTE Automotiv in Ebern steuerten 650 bei und auf dem Kirchentag in Bremen sammelte die IG Metall knapp 1700 ausgefüllte Fragebögen ein.

Überall in Deutschland fragen Metaller ihre Kolleginnen und Kollegen, Mitglieder und Nicht-Mitglieder: »Was muss sich ändern? Was gehört zu einem guten Leben?« Die Befragung zur Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« läuft seit April, und mehr als 330 000 Menschen hatten Anfang Juni die Fragebögen schon ausgefüllt. In eineinhalb Wochen endet die Befragung. Vertrauensleute können die letzten Tage nutzen, um auch noch die schwierigsten Fragebogenmuffel zu erreichen.

Zukunft und alte Hasen. Dabei geht es nicht nur darum, Fragebögen zu verteilen und einzusammeln. Viele nutzen die Aktion auch, um mit Beschäftigten über die Fragen zu diskutieren. Bei Bosch in Bamberg verteilten Vertrauensleute die Fragebögen bei einer außerordentlichen Betriebsversammlung. »Mit einigen haben wir darüber diskutiert. Die Reaktionen waren meist positiv«, erzählt Vertrauenskörperleiter Elmar Gunther.

Diskussionen löste der Fragebogen bei Besucherinnen und Besuchern des Kirchentags in Bremen aus. Die Zweite Bevollmächtigte der IG Metall-Verwaltungsstelle, Inge Lies-

Banner setzen

❖ Zum guten Leben

Wer eine eigene Internet-Seite hat, kann die Kampagne »Gemeinsam für ein Gutes Leben« dort unterstützen. Auf der Kampagnenseite gibt es Banner mit dazugehörigem Quellcode, die jeder kopieren und auf seine eigene Seite stellen kann.

Auf ins Netz:

► www.gutes-leben.de/Kampagne/Banner

Bohlmann, hatte einen Tag lang auf dem Kampagnen-Truck mit jungen Leuten über ihre Zukunft diskutiert. Aber auch alte IG Metall-Hasen besuchten den Truck und füllten den Fragebogen aus.

Die Ergebnisse der Befragung sollen am 3. Juli in Berlin präsentiert werden. Parallel erhalten auch alle Verwaltungsstellen die Ergebnisse, um sie etwa auf regionalen Pressekonferenzen vorzustellen. So will auch Vertrauensmann Elmar Gunther aus Bamberg von seinen örtlichen Bundestagskandidaten wissen, was sie von den Ergebnissen halten.

Zwar läuft die Aktion noch, doch es zeichnen sich bereits erste Tendenzen ab. Viele werfen der Politik vor, Wirtschaftsinteressen zu bedienen und in den Menschen nur noch Kostenfaktoren zu sehen. Und vor allem wünschen sich die Menschen sichere und faire Bedingungen am Arbeitsplatz. ■

Mehr als 50 000 treffen sich in Frankfurt

Termin im Kalender rot anstreichen

■ Den 5. September schon jetzt im Kalender vormerken! An diesem Samstag treffen sich mehr als 50 000 Menschen in Frankfurt am Main unter dem Motto: »Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen.« Die IG Metall will zeigen, was sie von einer guten Politik erwartet.

■ Wer sich im Internet in den E-Mail-Verteiler einträgt, bekommt aktuelle Infos über die Planungen zum Treffen am 5. September in Frankfurt.

► www.gutes-leben.de
→ Wir treffen uns in Frankfurt

❖ TARIFERHÖHUNG

Fast 75 Prozent zahlen

Drei von vier Metallbetrieben haben im Mai die zweite Tarifierhöhung ausgezahlt. Nur 25,8 Prozent vereinbarten mit den Betriebsräten, die 2,1 Prozent zu verschieben – in der Hälfte der Fälle im Rahmen von Gesamtpaketen, die Beschäftigungssicherung garantieren. Das zeigt, dass das Flexibilisierungs-Instrument, das die IG Metall wegen der Krise vereinbart hat, »sich bewährt hat und Mitnahmeeffekte verhindert wurden«, kommentiert Berthold Huber das Ergebnis. ■

❖ ARBEITSMARKT

Schlimmste verhindert

Die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt halten sich noch in Grenzen. Vor allem Kurzarbeit und flexible Arbeitszeiten haben das Schlimmste verhindert. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. So ist etwa der Stand auf den Arbeitszeitkonten im ersten Quartal im Schnitt um sechs Stunden gesunken. Bei der Kurzarbeit fiel rund ein Drittel der Arbeitszeit aus. ■ Mehr zur Arbeitszeit:

► www.iab.de

❖ HOLZ UND KUNSTSTOFF

Verhandlung gescheitert

In Niedersachsen sind die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Holz- und Kunststoffindustrie in der zweiten Runde gescheitert. In den nächsten Wochen geht es in die Schlichtung. Die Arbeitgeber wollten für 2009 nur 250 Euro als Einmalbeitrag bieten, den die Betriebe auch streichen können sollten – für die IG Metall völlig unakzeptabel. In den anderen Gebieten wurde bei Redaktionsschluss noch verhandelt. ■

❖ BETRIEBSRAT FORDERT

»New Deal« für Siemens

Angeichts der Auswirkungen der Krise auch auf den Siemenskonzern fordert der Gesamtbetriebsrat einen »New Deal« zwischen der Firmenleitung, dem Gesamtbetriebsrat und den örtlichen Betriebsräten. Es müssten alle Instrumente genutzt werden, um Arbeitsplätze zu erhalten. ■

Was der Betriebsrat fordert:

- ▶ www.extranet.igmetall.de
- Branchen
- Aktuelles aus den Betrieben

❖ GESUNDHEITSSCHUTZ

Gemeinsamer Appell

Die IG Metall und der Verband deutscher Betriebs- und Werksärzte warnen vor einer »dramatischen Zunahme« psychischer Erkrankungen in der Krise – als Folge von steigendem Stress und Angst um den Arbeitsplatz. Gemeinsam fordern sie von den Betrieben, mehr zu tun, um Stress abzubauen und Krankheiten vorzubeugen. Die Krise dürfe nicht missbraucht werden, um die Belastungen zu erhöhen und den Gesundheitsschutz zu vernachlässigen. ■

Hilfe für Betriebsräte unter:

- ▶ www.igmetall.de
- Themen
- Arbeit und Gesundheit

❖ KFW-SONDERPROGRAMM

Förderung für Betriebe

Unternehmen können zur Krisenbewältigung in 2009 und 2010 KfW-Kredite aus einem 40-Milliarden-Euro-Topf beantragen. Mit der Info-Bus-Kampagne »Konjunktur auf Tour« informiert die KfW in 64 Städten über das Sonderprogramm. ■

Tourdaten und Info-Telefon:

- ▶ www.konjunktur-auf-tour.kfw.de
- ▶ 0180-124 24 28

WAS IST EIGENTLICH ...

Urlaubsgeld?

Im Gegensatz zum gesetzlichen Anspruch auf bezahlten Urlaub ist das zusätzliche Urlaubsgeld eine freiwillige Leistung des Arbeitgebers. Es ist für die meisten Beschäftigten in Tarifverträgen geregelt, seltener nur in Arbeitsverträgen.

■ Tarifliches Urlaubsgeld kann nur per Sanierungs-Tarifvertrag ganz oder teilweise gestrichen werden. Das Unternehmen muss dann aber glaubhaft belegen, dass es wirtschaftliche Probleme hat und Gegenleistungen bieten, wie Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Zusätzlich sind grundsätzlich die Tarifparteien; ohne sie können Betriebe kein Urlaubsgeld kürzen.

Hat ein Arbeitnehmer aus seiner Sicht zu Unrecht kein Urlaubsgeld erhalten, muss er die tarifliche »Ausschlussfrist« beachten: Seine Ansprüche verfallen, wenn er sie nicht innerhalb der Frist, die zwischen drei und sechs Monaten liegt, geltend macht.

■ Urlaubsgeld, das nur auf einem Arbeitsvertrag basiert, muss der Arbeitgeber nicht zahlen. Vor allem dann nicht, wenn im Vertrag ausdrück-

lich steht, dass es eine freiwillige Leistung ist. Oder wenn der Vertrag Sonderzahlungen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausschließt. Oder wenn sich der Arbeitgeber darin vorbehält, seine Zusage gegebenenfalls künftig zu widerrufen.

Enthält der Vertrag keinen solchen Vorbehalt, gilt: Hat der Arbeitgeber es dreimal hintereinander gezahlt, muss er es auch im nächsten Jahr zahlen. Ohne Widerrufsvorbehalt kann sich der Arbeitgeber nur durch eine Änderungskündigung davon lösen. Dafür braucht er aber einen Kündigungsgrund, den der Arbeitnehmer gerichtlich überprüfen lassen kann.

Und Kurzarbeit? Sie hat keine Auswirkungen auf den (bezahlten) Urlaub und das zusätzliche Urlaubsgeld. Es wird so verfahren, als würde der Beschäftigte voll arbeiten. Wird er jedoch danach entlassen, muss er das Geld anteilig zurückzahlen. Hat er also zum Beispiel nur sechs Monate in einem Jahr gearbeitet, steht ihm auch nur die Hälfte des Urlaubsgelds zu. ■

So viel gibt's

❖ **Tarifansprüche**

Das tarifliche Urlaubsgeld schwankt sehr stark. In der mittleren Einkommensgruppe liegt es zwischen 155 (Steinkohlebergbau) und 1993 Euro (Holz und Kunststoff). In der Metallindustrie beträgt es 50 Prozent des Monatsentgelts; das sind bei mittlerem Einkommen rund 1710 Euro. Bei Eisen und Stahl liegt es bei rund 1100 Euro. Am wenigsten bekommen die Textil-Beschäftigten: im Westen etwa 638, im Osten 270 Euro; im neuen Tarifvertrag ist für 2010 eine Erhöhung vereinbart.

✂ | direkt 8 | 2009

KRANKENVERSICHERUNGEN

Richter setzen der Rosinenpickerei Grenzen

Die IG Metall hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, dass private Krankenversicherungen Basistarife anbieten und Menschen mit Vorerkrankungen aufnehmen müssen. Die Privaten versichern vor allem junge, gesunde Einkommensstarke. »Dieser Rosinenpickerei

❖ **Bürgerversicherung**

Mehr zu Gesundheitsreformen und Alternativen der IG Metall unter:

- ▶ www.extranet.igmetall.de
- IG Metall
- Kamagagne:
- Das geht besser

werden jetzt Grenzen gesetzt. Das Urteil stärkt das Solidarprinzip«, sagt IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. Die IG Metall fordert aber weiterhin eine Bürgerversicherung für alle Menschen, der sich gesunde Besserverdiener nicht mehr entziehen können. ■

Unternehmen durch fachliche Beratung krisenfest machen

In der Wirtschaftskrise hat der Bedarf an kompetenter Beratung deutlich zugenommen. Betriebsräte können bei der »Task Force Krisenintervention« der IG Metall Hilfe bekommen und externe Beratung in Anspruch nehmen.

Bei dem neuen Beratungsangebot geht es darum, rasch auf Problemlagen zu reagieren und Betriebe jetzt krisenfest zu machen. Dazu schaltet die Task Force Krisenintervention ein Berater-Netzwerk ein, das die IG Metall vor Ort mit ihrem Know-how unterstützt.

Die vermittelten Berater helfen dabei, die aktuelle Unternehmenskrise zu analysieren und deren Ursachen zu erkennen. Ziel ist es, sinnvolle und Beschäftigung sichernde Alternativen zum Arbeitgeberkonzept aufzuzeigen.

Kostenübernahme. Das neue Beratungsangebot ist ein neues Kooperationsprojekt des IG Metall-Vorstands und der Bezirksleitungen. In der Regel trägt das Unternehmen nach Paragraph 80 Absatz 3 Betriebsverfassungsgesetz die Kosten, wenn die Task Force Krisenintervention den Betriebsrat berät. In Ausnahmefällen kann auch eine Clearingstelle beim IG Metall-Vorstand die Kosten übernehmen. Voraussetzung ist ein formloser An-

trag an die zuständige Bezirksleitung. Gefördert wird die Beratung aus Mitteln des Arbeitsministeriums und des Europäischen Sozialfonds.

Es stehen Mittel für etwa 300 Beratungen zur Verfügung. Der Fördertopf kann beispielsweise dann in Anspruch genommen werden, wenn mit dem betroffenen Unternehmen keine rasche Kostenübernahme vereinbart werden kann.

Pro Beratung werden drei bis fünf Tage veranschlagt. Bei Bedarf kann noch eine nachgelagerte Beratung erfolgen. Ergänzend werden Betriebsräte durch das Projekt »Früherkennung und Innovation« unterstützt. Es beinhaltet unter anderem ein Diagnosetool, um die Innovationsfähigkeit eines Unternehmens zu beurteilen, sowie Strategieworkshops und Argumentationshilfen für sichere Verhandlungsführung. ■

Ansprechpartner für die Clearingstelle beim IG Metall-Vorstand ist Jochen Schroth.

E-Mail: Task-Force@igmetall.de.

Externe Hilfe für Betriebsräte – Gewußt wie

Checkliste für den Einsatz von Beratern durch Betriebsräte

- Der Einsatz von Beratern sollte in Abstimmung und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der IG Metall erfolgen.
- Betriebsrat und IG Metall sollten »Herr des Verfahrens« bleiben und den Experteneinsatz aktiv steuern.
- Vor dem Einsatz sollten der Beratungsbedarf und das Ziel des Auftrags präzise geklärt sein.
- Wichtig sind klare Absprachen: Welche Aufgaben übernehmen Betriebsrat und IG Metall, was erledigen die Berater?
- Zur Beratung gehört die Berichterstattung über das Ergebnis, die dem Betriebsrat als Entscheidungsgrundlage dient.



Foto: Frank Rumpenhorst

Martin Allespach, Leiter der Grundsatzabteilung beim IG Metall-Vorstand, zu den Ergebnissen der Europa-Wahl und dem vermeintlichen Sieg der CDU.

»Die Europa-Wahl war kein Sieg für die CDU. Sie hat sechs Prozent ihrer Wähler verloren.«

Wählen und den Bock nicht zum Gärtner machen

? direkt: CDU/CSU und FDP haben bei der Europa-Wahl gewonnen. Was heißt das für die Bundestagswahl?

Martin Allespach: »Aus der Europa-Wahl lässt sich keine Vorhersage für die Bundestagswahl treffen. Die SPD konnte fast acht Millionen ihrer Wähler nicht mobilisieren. Bei der Bundestagswahl wird die Wahlbeteiligung höher sein. Ich würde auch nicht sagen, dass CDU und CSU gewonnen haben. Sie haben gut sechs Prozentpunkte verloren.«

? direkt: Bei Gewerkschaftsmitgliedern liegt die SPD zwar vorn, aber sie hat wie auch die CDU verloren. Dagegen wählten doppelt so viele FDP. Wie erklärst Du das?

Allespach: »Die Marktradikalen haben ihre Ideologie jahrelang erfolgreich verbreitet. Sie sitzt tief in den Köpfen. Wir haben nur ein kleines Zeitfenster, um unser Wirtschaftssystem zu ändern. Die Marktradikalen gießen schon wieder neuen Beton, um ihr System auf neue Pfeiler zu stellen. Wir brauchen aber eine Ökonomie die Mittel zum Zweck für ein gutes Leben ist.«

? direkt: Mit welcher Regierung kann der Umbau gelingen?

Allespach: »Mit einer schwarz-gelben Mehrheit funktioniert es sicher nicht. Aber auch in einer Großen Koalition fehlt einer 20-Prozent-SPD die Kraft, Reformen durchzusetzen. Wir brauchen eine starke SPD.«

? direkt: Ist das ein Wahlauftrag für die SPD?

Allespach: »Es ist nicht unsere Aufgabe, Stimmen für die SPD zu sammeln. Wir wollen die Forderungen der Menschen an ein gutes Leben allen Parteien stellen. Und die Menschen wollen gute und faire Arbeit, Bildungschancen für ihre Kinder und eine gerechte Gesellschaft. Sie wollen eine Politik, die sich gegen die Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt stellt, und die Schluss macht mit der Klassengesellschaft in unserem Bildungssystem. Wenn die SPD hier klare Kante zeigt – um so besser.«

? direkt: Was können die Menschen tun?

Allespach: »Auf jeden Fall wählen gehen. Sie dürfen nicht resignieren. Es ist eben nicht egal, wer regiert. Die Menschen müssen sich genau anschauen, was welche Partei will und wer die Krise verursacht hat. Vor allem dürfen sie nicht den Bock zum Gärtner machen.«

PREKÄRE ARBEIT

Leiharbeit in Russland

Im Rahmen der Kooperation mit der IG Metall haben sich 17 russische Gewerkschafter über Konzepte zur Leiharbeit informiert. In Russland nimmt Leiharbeit vor allem in Großbetrieben im Automobilbau, Landmaschinen- und Maschinenbau zu. Leiharbeiter verdienen dort oft 50 Prozent weniger als die Stammbeschaft. ■

Mehr über internationale Aktionen gegen prekäre Arbeit:

► www.precariouswork.eu

STREIK BEI EDS

Druck auf Beschäftigte

Einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung fordern die Beschäftigten des Computerdienstleisters EDS und streiken dafür seit Anfang Juni. 92 Prozent hatten für den Arbeitskampf gestimmt. An mehreren Tagen legten die Beschäftigten ihre Arbeit nieder. Mit Hausbesuchen setzt die Geschäftsleitung EDS-Mitarbeiter unter Druck, die sich am Ausstand beteiligen. ■

► www.extranet.igmetall.de

→ Branchen → Aktuelles
aus den Betrieben

Ausschluss von Kündigungen steht nicht nur auf dem Papier

Immer häufiger drohen Unternehmen betriebsbedingte Kündigungen an, obwohl sie Tarifverträge unterschrieben haben, die das ausschließen. Bekannte Beispiele sind Daimler, ThyssenKrupp und Heidelberger Druck. Was ist rechtlich erlaubt?

Grundsätzlich müssen Tarifverträge eingehalten werden. Auch dann, wenn sich die wirtschaftlichen Umstände verändern. Ob der Arbeitgeber trotzdem betriebsbedingt kündigen kann, hängt davon ab, was im Tarifvertrag geregelt ist.

Einige Verträge lassen betriebsbedingte Kündigungen unter bestimmten Bedingungen zu, etwa wenn sich wirtschaftliche Erwartungen nicht verwirklichen lassen oder wesentliche Rahmenbedingungen verändert haben. Andere schließen Kündigungen völlig aus oder lassen sie nur zu, wenn der Betriebsrat und/oder die IG Metall zustimmen. In solchen Fällen kann ein Arbeitgeber eigenmächtig auch dann nicht kündigen, wenn der Betrieb in unvorhersehbare wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Kündigungen wären dann

unwirksam. Nur wenn der Betrieb komplett stillgelegt wird, könnte ein Arbeitgeber außerordentlich kündigen.

Unabhängig von den konkreten Regelungen wird der Arbeitgeber versuchen, über eine Änderung des Tarifvertrags zu verhandeln. Einige Verträge enthalten ausdrücklich »Schlechtwetterklauseln«. Sie verpflichten die Tarifpartner zu Neuverhandlungen, wenn ein unvorhersehbarer Notfall eintritt. Können sie sich nicht einigen, kann ein Arbeitgeber den Tarifvertrag im Extremfall außerordentlich kündigen, wenn ihm die Fortsetzung »nicht zuzumuten« ist. Das geht aber nur in krassen Ausnahmefällen. Nicht jedes wirtschaftliche Problem oder Abweichen von den Planzahlen macht ein Festhalten am Tarifvertrag »unzumutbar«. ■

Aktionen helfen

Nicht Richter, sondern die betroffenen Beschäftigten verhindern Kündigungen: Am 13. Mai bestätigte Thyssen-Krupp nach monatelangen Protesten der Belegschaften, beim Konzernumbau auf Kündigungen zu verzichten. Auch Daimler sicherte im Mai zu, keine Kündigungen auszusprechen. Heidelberger Druck will 5000 Stellen streichen, der Kampf der Belegschaften dagegen ist noch nicht zu Ende.

Gut gemacht!

JAVen bei den Servicebetrieben von MAN fast verdoppelt

Die Betreuung der Jugend- und Auszubildendenvertreter hat für den Betriebsrat oberste Priorität.

Bei MAN Bus und Truck Deutschland (MBTD) ist die Zahl der JAVen von 26 auf 47 gestiegen. Damit gibt es bei den Servicebetrieben des MAN-Konzerns jetzt fast doppelt so viele Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Gesamtbetriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung des Gesamtkonzerns

hatten sich das Ziel gesetzt, die JAV-Struktur zu stärken. Mit der IG Metall wurde ein gemeinsamer Fahrplan für die JAV-Wahlen festgelegt.

Der Organisationsgrad bei den Azubis nahm im Zuge der JAV-Wahlen um 35 Prozent zu. Die neuen JAV-Vertreter konnten nach der Wahl ihr erstes JAV-Seminar besuchen, das die

Infos zu MAN Truck und Bus Deutschland:
Sebastian.Fersterra
@igmetall.de

Arbeitshilfen zu JAV:
► www.extranet.igmetall.de
→ Aktive → JAV
→ Materialien

IG Metall in der Bildungsstätte Schliersee für sie organisierte.

»Das Beispiel zeigt, dass eine starke JAV mit einem starken Betriebsrat machbar ist«, sagt GBR-Beauftragter Sebastian Fersterra. »JAV-Wahlen stärken die Mitbestimmung auch im Kfz-Handwerk.« MAN Bus und Truck hat 160 Niederlassungen und 5900 Mitarbeiter. ■

SOZIALPLÄNE

Abfindung oder nicht – das hängt vom Alter ab

Sozialpläne dürfen Abfindungen nach Alter und Betriebszugehörigkeit der Betroffenen staffeln. Das entschied das Bundesarbeitsgericht. Nach dieser Entscheidung sind nicht nur höhere oder niedrigere Abfindungen nach Alter zulässig. Beschäftigte im Rentenalter können auch ganz von Abfindungen ausgenommen werden und gar kein Geld erhalten.

Nach Ansicht der Richter verstößt eine solche Regelung nicht gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Es entspreche dem allgemeinen sozialpolitischen Interesse, in Sozialplänen danach zu unterscheiden, welche Nachteile Beschäftigten durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes entstehen. So können Nachteile mit steigendem Alter zunehmen, kurz vor der Rente aber wieder sinken, wenn Arbeitnehmer etwa nach kurzer Arbeitslosigkeit Anspruch auf Altersrente haben. ■

BAG vom 26. Mai 2009
– 1AZR 198/08

AUFWANDSENTSCHÄDIGUNG

Zweitwohnsitz gilt auch bei privaten Gründen

Arbeitnehmer können Kosten für doppelte Haushaltsführung auch dann geltend machen, wenn sie aus privaten Gründen ihren Hauptwohnsitz vom Arbeitsort wegverlegt haben. Das galt bisher nicht. Der Bundesfinanzhof änderte mit dieser Entscheidung seine bisherige Rechtsprechung. Nun kann ein zweiter Wohnsitz geltend gemacht werden, wenn ein Beschäftigter ihn nutzt, um seinen Arbeitsplatz zu erreichen. ■

BFH vom 5. März 2009
– VI R 58/06

Mehr Wissen

Gesetze ganz frisch

Über neueste betriebliche Entwicklungen und aktuelle Gesetzesänderungen informiert der Basiskommentar »Betriebsverfassungsgesetz«. Hier finden Betriebsräte etwa Infos über die aktuelle Rechtsprechung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, Neuregelungen zu Kurzarbeit und Qualifizierung durch das Konjunkturpaket II und Mitbestimmung beim Arbeitsschutz. Der Basiskommentar wurde neu gegliedert und enthält umfangreiche Inhaltsübersichten. Thomas Klebe/Jürgen Ratayczak/Micha Heilmann/Sybill Spoo:

»Betriebsverfassungsgesetz, Basiskommentar mit Wahlordnung«, 2009, 15. überarbeitete Auflage, Bund-Verlag, Frankfurt, ► www.bund-verlag.de

UNFALL

Private Reparaturen sind nicht versichert

Wer nach Feierabend an seinem Arbeitsplatz verunglückt, hat keine Ansprüche auf Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Es handelt sich dabei nach Ansicht des Bundessozialgerichts nicht um einen Arbeitsunfall.

Ein Lkw-Fahrer hatte nach Ende seiner Arbeitszeit die Hebebühne in seinem Betrieb repariert und war dabei verunglückt. Der Mann wollte darauf sein eigenes Auto reparieren, um damit nach Hause zu fahren. Nach Ansicht der Richter war die Reparatur aber keine versicherte Vorbereitung der Heimfahrt. Denn es fehle der besonders enge zeitliche, örtliche und sachliche Zusammenhang zur Heimfahrt.

Der Unfall sei auch nicht Folge einer vom Betrieb ausgehenden Gefahr gewesen. Der Verunglückte sei im Wesentlichen aus privatwirtschaftlichen Gründen am Unfallort gewesen. ■

BSG vom 12. Mai 2009
– B 2 U 12/08 R

LEISTUNGEN

Erziehungszeit ohne Elterngeld zählt mit

Bei der Berechnung von Elterngeld dürfen auch jene Monate zugrunde gelegt werden, in denen die Mutter oder der Vater in Elternzeit waren und kein Elterngeld bekommen haben. Lediglich Monate, in denen sie bereits für ein Kind Elterngeld bezogen haben, werden nach dem Gesetz von der Berechnung ausgenommen. Dies ist nach Ansicht des Bundessozialgerichts durchaus mit dem Grundgesetz vereinbar. ■

BSG vom 19. Februar 2009
– B 10 EG 1/08 R

VERSICHERUNGSSCHUTZ

Heimweg auch bei Unfall nicht unterbrechen

Auf dem Heimweg von ihrer Arbeit sind Beschäftigte nur dann versichert, wenn sie ihn nicht unterbrechen. Wer etwa auf der Fahrt nach Hause in einen Verkehrsunfall verwickelt wird, anhält und die Unfallfolgen mit dem Gegner oder der Polizei klärt, hat keinen Versicherungsschutz.

Das entschied das Bundessozialgericht im Fall eines Arbeitnehmers, der auf dem Heimweg mit einem anderen Fahrzeug zusammenstieß. Als er anhielt und ausstieg, um den Unfall zu klären, wurde er von einem weiteren Fahrzeug verletzt. Nach Ansicht der Richter war der Mann nicht mehr versichert, da er nach dem Unfall seinen Heimweg unterbrach, wendete und zur Unfallstelle zurückkehrte. Sein Ziel war nicht mehr die Fahrt nach Hause, sondern den Verkehrsunfall zu regeln. Dies falle jedoch nicht unter den Versicherungsschutz. ■

BSG vom 17. Februar 2009
– B 2 U 26/07 R

WIDERSPRUCH

Fristen können auch per E-Mail gewahrt werden

Betriebsräte müssen ihre Post an den Arbeitgeber nicht unbedingt auf traditionellen Wegen verschicken. Sie können etwa einen Widerspruch auch per E-Mail senden. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts wird auch auf diesem Weg die Frist gewahrt, wenn die Mail rechtzeitig abgeschickt wurde. Das Urteil bedeutet aber auch, dass Arbeitgeber in Zukunft ebenfalls von der E-Mail Gebrauch machen können. ■

BAG vom 3. März 2009
– 1 ABR 93/07

❖ Seminare

20. bis 23. September

Das Seminar »Europäische Betriebsräte« richtet sich an Arbeitnehmervertreter, die einen EBR aufbauen wollen. Die Themen im Seminar: Gesetzliche Grundlagen, Verhandlungsablauf und Inhalte von EBR-Vereinbarungen. Tagungsort: Bildungsstätte Sprockhövel. Interessierte melden sich über ihre zuständige Verwaltungsstelle an (Seminar-Nummer SM03909). Die Freistellung erfolgt nach Paragraf 37, 6 BetrVG. ■

11. und 12. November

»EBR zwischen Krisenbewältigung und Anwendung der neuen EBR-Richtlinie« ist ein IG Metall-Seminar, das sich an Mitglieder und Beauftragte eines Europäischen Betriebsrats richtet. ■

Infos zum Programm gibt es beim EBR-Team der IG Metall:

► ebr@igmetall.de

❖ Material

■ Seit 5. Juni ist die EBR-Richtlinie in Kraft. Die Neufassung bringt grundlegende Verbesserungen für die Arbeit der Europäischen Betriebsräte. Die Änderungen finden sich in der Handlungshilfe »Die neue EBR-Richtlinie tritt in Kraft«. ■

Zum Herunterladen unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Aktive

→ Eurobetriebsrat

→ Richtlinien und Gesetze

■ Das Archiv Betriebliche Vereinbarungen der Hans-Böckler-Stiftung hat 34 betriebliche Vereinbarungen der Jahre 1995 bis 2008 zur konjunkturbedingten Kurzarbeit ausgewertet. ■

Die Ergebnisse als PDF unter:

► www.boeckler.de/betriebsvereinbarungen

→ Auswertungen

→ Beschäftigungssicherung

Was die Welt bewegt

Retter Obama. Der US-Präsident muss sich nach einem neuen Kleiderlieferanten umsehen. Sein Anzughersteller, der Herrenmode-Produzent Hartmax steht vor der Pleite. Die Bank Wells Fargo, die kräftige Krisen-Staatshilfen kassiert hat, will den Geldhahn zudrehen. Jetzt könnte Obama nicht nur die Welt retten, sondern als Anzugkäufer auch Quelle und Karstadt.

Grill-Muffel. »Die SPD ist und bleibt die Partei der Griller«, informiert uns SPD-Politiker Karl Lauterbach. Es wird eben zu wenig gegrillt in diesem Land. Offenbar, weil es nicht nur in der Politik, sondern auch beim Metzger zu viele Würstchen gibt, die schwer genießbar sind.

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

Leere Flaschen. Das Putzunternehmen B+K, das auch den Bundestag wischt, will bei der Bezahlung sauber bleiben. Die Geschäftsleitung bestritt zwar nicht, dass manche Zimmermädchen nur auf 3,56 Euro pro Stunde kommen. Doch damit gehe keines nach Hause. Denn sie haben die Erlaubnis vom Chef, ihren Lohn mit leeren Pfandflaschen aus den Zimmern aufzubessern. Schade, dass es keinen Flaschenpfand für leere Geschäftsführer gibt.

Quizfrage. Welches der folgenden Zitate stammt von Franz Müntefering: »Besser links und frei als Freiherr und rechts« oder »Besser 'ne 40 Jahre jüngere als 'ne 40 Jahre ältere Frau?« ■

